Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 23. Oktober 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: http://gruenlink.de/u37

Rehabilitierung der Opfer des § 175

Bis zum 11. Juni 1994 wurden sexuelle Handlungen zwischen Männern strafrechtlich verfolgt – geregelt im § 175 des Strafgesetzbuches, der an diesem Tag abgeschafft wurde. Wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen wurden in der Bundesrepublik rund 50.000 Männer bestraft, in der DDR mindestens 1.292. Wurden im Zuge der Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile die bis 1945 verurteilten Männer rehabilitiert mit Anspruch auf Entschädigung, gilt dies für die danach Verurteilten nicht. Auf eine Initiative des Landes Berlin hin hatte der Bundesrat im Dezember 2012 beschlossen, dass die Aufhebung der einschlägigen Urteile von der Bundesregierung zu prüfen ist. Dies hat sie bis heute nicht getan. Anlässlich des 20. Jahrestages der Aufhebung des § 175 haben die rot-grünen Regierungsfraktionen einen Antrag in den Landtag eingebracht, der von der Bundesregierung ein Aufhebungsgesetz fordert. Der Antrag wurde beschlossen.



Der schwulen- und lesbenpolitische Sprecher Björn Fecker nannte die menschensrechtswidrige staatliche Verfolgung schwuler Männer einen Schandfleck des Rechtsstaats. Zwei Jahrzehnte hat die Bundesrepublik am NS-Strafrecht gegen Homosexuelle unverändert

festgehalten. Schwule Männer konnten nach 1945 auch weiterhin inhaftiert werden, nun allerdings in einem demokratisch legitimierten Gefängnis. Menschen wurden bespitzelt, verhaftet und als Verbrecher behandelt, nur weil sie anders liebten als die Mehrheit. Ein bloßer Verdacht auf "widernatürliche Unzucht" konnte Existenzen vernichten. Der Staat hat einer ganzen Bevölkerungsgruppe das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verweigert, hat die Gesamtheit der Homosexuellen geächtet und um ihr Lebensglück betrogen.

Die Innen- und Rechtspolitiker aller Grünen Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion haben sich in einer gemeinsamen Erklärung im September dieses Jahres noch einmal für das Ende dieser Diskriminierung eingesetzt. Die Zeit drängt. Die Blockadehaltung der Bundesregierung muss endlich ein Ende haben!

Belange junger Frauen in die "Bremer Vereinbarungen"

Mit den "Bremer Vereinbarungen" haben sich 28 Partnerinstitutionen Ziele zur Berufsausbildung junger Menschen und der Fachkräftesicherung gesteckt, die sie in gemeinsamer Verantwortung umsetzen wollen (Bremer und Bremerhavener Arbeitgeber- und Berufsverbände, die zuständigen Senatsressorts und Bremerhavener Dezernate, die Agentur für Arbeit und



Was noch?

Aus der Fragestunde:

Nachdem die UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht übernommen wurde, gehen die Länder die inklusive Beschulung an, wo Bremen Vorreiter war. Dadurch steigt die Nachfrage an Sonderpädagoglnnen, gegenwärtig können im Land Bremen sieben freie Stellen nicht besetzt werden.



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0 Fax: 3011-250

<u>fraktion@gruene-bremen.de</u> www.gruene-fraktion-bremen.de die Jobcenter). Diese schon langjährige Zusammenarbeit kann insgesamt eine positive Bilanz ziehen. Es fehlt aber auch in der in diesem Jahr geschlossenen Vereinbarung der Blick auf die unterschiedlichen Voraussetzungen, Zielsetzungen und Probleme junger Frauen, besonders auch von Migrantinnen, im Vergleich zu jungen Männern. Dies zu ändern ist das Ziel eines heute beschlossenen Koalitionsantrags.



Die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch begrüßte zunächst, dass es wieder gelungen ist, die Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung fortzuschreiben. Aber sie bemängelte das Fehlen eines wesentlichen Teils: den Genderblick. Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen ist

eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hier muss auch schon in den Schulen bei der Berufsorientierung angesetzt werden, indem die Berufswahlkompetenz junger Frauen gestärkt und die Vielfalt der Arbeitswelt deutlich gemacht wird. Ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt nicht nur ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel. Die Belange junger Frauen auch in den "Bremer Vereinbarungen" in den Blick zu nehmen kann auch die Zahl der Ausbildungsabbrüche verringern.

OpenStreetMap unterstützen

Ähnlich wie das Internet-Nachschlagewerk "Wikipedia", in dem alle Menschen ihr Wissen durch Einträge der Allgemeinheit zur Verfügung stellen können, funktioniert das Projekt "OpenStreetMap". Hier sammeln Freiwillige Informationen und geografische Daten der Standorte von Einrichtungen oder besonderen Orten, die in Online-Karten eingetragen werden. Das können Behindertentoiletten sein oder Hundeauslaufflächen oder Car-Sharing-Parkplätze und vieles mehr. Ein einstimmig beschlossener Koalitionsantrag fordert vom Senat die Unterstützung dieser freiwilligen Arbeit, indem vorhandene amtliche, frei verfügbare Geodaten zur Verfügung gestellt werden.



Der Netzpolitiker Mustafa Öztürk beschrieb den großen Wandel, der sich inzwischen hinsichtlich freier Software und lizenzfreier Daten vollzogen hat. Auch staatliche Einrichtungen nutzen freie Software. Kostenlos Daten zur Verfügung zu stellen könne das ehrenamtliche Engagement gerade auch junger Men-

schen fördern. Öztürk rief dazu auf, sich an dem Freiwilligen-Projekt OpenStreetMap zu beteiligen.

Gemeinsame Planung für Kitas und Grundschulen

In Bremen gibt es für die Arbeit in der Kindertagesbetreuung, also für den Elementarbereich, einen Rahmenbildungsplan, und es gibt einen für den Grundschulbereich. Es ist für die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen wie auch den Übergang vom Kindergarten in die Schule sinnvoller, einen gemeinsamen Rahmenbildungsplan zu haben, wie es in





Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0 Fax: 3011-250

<u>fraktion@gruene-bremen.de</u> www.gruene-fraktion-bremen.de einigen anderen Bundesländern schon Praxis ist. Dies fordert ein heute beschlossener Antrag.



Mit einem gemeinsamen Rahmenbildungsplan, so die Bildungspolitikerin Sülmez Dogan, sollen Kindergarten und Grundschulen schrittweise enger verzahnt werden, um eine möglichst optimale und nachhaltige Förderung der Kinder von null bis zehn Jahren zu erreichen. Zentrale Aufgabe eines solchen Plans ist es,

die Aufgaben im Kindergarten und in der Grundschule zu benennen und darüber hinaus konkrete Aussagen über bestimmte Bereiche, wie die Gestaltung des Übergangs zwischen beiden Einrichtungen, die inklusive Beschulung, die Elternarbeit, die Sprachförderung usw., zu treffen.



Der kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker ergänzte die wichtigen Ziele der frühkindlichen Bildung: Sprache, Teilhabe, Raumwahrnehmung, Sozialisation, Emotion, Demokratisierung. Diese Form des Erlebens muss auch in die Schule Eingang finden. Schule muss eine Willkommenskultur entwickeln, in der

jedes Kind da, wo es steht, abgeholt wird. Ein gemeinsamer Rahmenplan soll nicht früher mit Schule beginnen, sondern lebens- und gemeinschaftsfähig machen und dabei nicht die Bildung aus den Augen verlieren.

Bremens Beitritt zum EU-Netzwerk gentechnikfreier Regionen

Schon seit dem Jahr 2011 haben sich mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Bremen dazu erklärt, auf den Einsatz der Gentechnik in der Produktion zu verzichten. Damit ist Bremen gentechnikfreie Region. Im Jahr 2003 wurde mit der "Charta von Florenz" das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen ins Leben gerufen. Mit einem Antrag wird der Senat aufgefordert, die Charta zu unterzeichnen und damit dem Netzwerk beizutreten.



Maike Schaefer, umweltpolitische Sprecherin, erläuterte die Ziele des Netzwerks: Bei dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" handelt es sich um einen Zusammenschluss von europäischen Regionen, Provinzen und Bundesländern, deren Ziel es ist, die Interessen der Regionen im Hinblick

auf gentechnikfreie landwirtschaftliche Produktionsweisen auf EU-Ebene zu vertreten und zu stärken. Derzeit gehören dem Verbund 61 europäische Regionen an. Neben Niedersachsen sind auch Schleswig-Holstein, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland Mitglied in dem europaweiten Netzwerk. Als Mitglied des Europäischen Netzwerks gentechnikfreier Regionen verpflichtet sich das Land Bremen zur Erhaltung der Artenvielfalt, des Umwelterbes und zum Schutz der spezifischen lokalen Erzeugung. Ziel ist es, dass Bremen gentechnikfrei bleibt. Das ist ein wichtiger Standortvorteil für die heimische Landwirtschaft.





Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0 Fax: 3011-250

<u>fraktion@gruene-bremen.de</u> www.gruene-fraktion-bremen.de